

75 Jahre Alte Garde UOV Solothurn / Festansprache
20. Juni 2015
Kurt Fluri, Stadtpräsident & Nationalrat

Herr Obmann und OK-Präsident
Herr Divisionär
Herr Zentralobmann VV SUOV
Herr Ehrenpräsident SUOV
Herr Präsident des UOV Solothurn
Liebe Alt Gardisten
Sehr geehrte Damen und Herren

An der Gründungsversammlung vom 16. Dezember 1939 selbst wurden die Beweggründe nochmals ausführlich dargelegt: „Warum benötigen wir eine Alte Garde? Der mächtige Bestand des UOV mit weit über 300 Mitgliedern ergibt sich folgerichtig, dass die älter werdenden Kameraden das Bedürfnis haben, sich nicht abzusondern, dagegen aber doch zu gewissen Zeiten das Bedürfnis haben, unter sich zu sein, um alte treue Waffenkameradschaft zu pflegen... Im heutigen Zeitalter, wo man mit der Dienstpflicht bis zum 60. Altersjahr gehen muss, gibt es eigentlich keine alten Leute mehr. Wir Soldaten fühlen uns immer jung. Und dennoch können wir nicht Schritt halten mit den Jungen, sei es hauptsächlich im Ausbildungswesen der Armee, sei es in der körperlichen Gewandtheit. Da dürfen wir uns schon zu den alten Troupiers zählen. Daher haben wir die Bezeichnung Alte Garde gewählt. Es ist dies eine sinnreiche und umfassende Bezeichnung. Urchig und alles umfassend. Alt nur im Sinne des Körpers, nicht des Geistes, Garde als Kennzeichen der besten Soldaten, der tapfersten und treuesten. Daher ist die alte Garde nicht eine Vereinigung alter, lahmer Leute, sondern eine Schar, die das Herz noch auf dem rechten Fleck hat und immer haben wird.“

Liest man die Protokolle der Gründungsversammlung, das innere Feuer hinter der Einladung zu derselben, sowie die schriftlichen Zeugnisse vor allem aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, so fühlt man sich in einer zur heutigen Zeit völlig anderen Welt. Absolut fraglos sind damals die Eigeninteressen denjenigen des Landes untergeordnet worden.

Wie anders wird heute über Militärfragen geredet! Erstens springt die weit verbreitete Inkompetenz ins Auge, welche sich direkt aus der dünneren Vertretung der Dienstpflichtigen in der Politik zwangsläufig ergibt. Jeder Altgardist hätte mit Sicherheit eine höhere Kompetenz in Militärfragen als viele Mitglieder des Eidgenössischen Parlamentes, die permanent darüber reden!

Während Jahrzehnten wurden Militärfragen in der breiten Bevölkerung sowohl gemäss Meinungsumfragen als auch ganz konkret in eidgenössischen Abstimmungen mehr oder weniger immer positiv behandelt und auch entschieden. Die erste militärpolitische Abstimmung der neueren Zeit war gerade der Paukenschlag der Abschaffungsinitiative der Gruppe Schweiz ohne Armee. Diese wurde 1989 zwar mit etwas über 64 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt; der relative Ja-Anteil von über 35 Prozent erstaunte aber dennoch. Vier Jahre später wurden die Initiativen gegen neue Kampfflugzeuge und für die Begrenzung der Anzahl Waffenplätze klar abgelehnt, ebenso 1997 ein Kriegsmaterial-Exportverbot.

Im Jahre 2000 ging es einer Initiative ähnlich, welche zugunsten friedensfördernder Massnahmen bei den Arbeitsplätzen beim Militär sparen wollte; die zweite Abschaffungsinitiative

2001 scheiterte dann ganz klar mit 78 Prozent Nein-Anteilen. Offenbar hatte das Volk den Eindruck, 1989 sei der Warnschuss deutlich ertönt, einen zweiten brauche es nicht mehr.

2008 wurde dann eine Initiative gegen den Kampfjetlärm mit 68 Prozent abgelehnt, 2009 eine weitere Kriegsmaterial-Exportverbotsinitiative mit ebenfalls 68 Prozent Nein-Stimmen. Die Waffenverbotsinitiative 2011 erzielte eine Nein-Mehrheit von etwas über 56 Prozent, und die Abschaffung der Wehrpflicht wurde 2013 mit wiederum 73 Prozent abgelehnt.

Nach dieser scheinbar unverbrüchlichen Serie von Abstimmungen, in denen die Bevölkerungsmehrheit ihr Vertrauen den militärischen Institutionen und der Truppe beinahe uneingeschränkt entgegengebracht hatte, war die Ablehnung des Gripen ein Tiefschlag. Nicht nur die dadurch beeinträchtigte Kontinuität bei der Wahrung der Kampfkraft unserer Luftwache, sondern auch ein Einbruch in die traditionsgemäss vertrauensvolle Haltung des Volkes gegenüber militärischen Fragen.

Diese wurden und werden wieder vermehrt ideologisch beurteilt. Ein Beispiel: Mittels zweier Motionen wird gegenwärtig die Beschaffung von Transportflugzeugen für friedensfördernde Einsätze gefordert. Beide Motionen sind im Ständerat einstimmig angenommen worden. Nicht so aber in unserer Sicherheitspolitischen Kommission. Die Mehrheit unterstützt die beiden Vorstösse zwar, die Minderheit lehnt sie ab. Und diese setzt sich interessanterweise aus Vertreterinnen und Vertretern der Grünen und der SVP zusammen. Bereits mit dem Rüstungsprogramm 2004 hatte der Bundesrat zwei Transportflugzeuge zur Beschaffung beantragt. Damit sollten vor allem Einsätze im Rahmen der humanitären Hilfe sowie der Friedensförderung und des internationalen Krisenmanagements sichergestellt werden. Mit divergierenden Argumenten hat die Mehrheit des Parlamentes – namentlich SVP, Grüne und SP – die Beschaffung damals abgelehnt. Die Schweiz würde sich damit die Möglichkeit sichern, eigene Bedürfnisse wie etwa die Evakuierung von Schweizerbürgerinnen und –bürgern aus Krisengebieten abzudecken. Auch für humanitäre Einsätze wäre ein solches Transportflugzeug gedacht. Im letzten Jahr musste der Bund aufgrund fehlender Transportinfrastruktur zweimal auf eine Intervention im Rahmen von Auslandseinsätzen verzichten: In Libyen bei der Rückführung des Personals der Schweizer Botschaft und in einem anderen Fall in Afrika beim internationalen Kampf gegen das Ebola-Virus. So musste die Schweiz mehrmals pro Woche ein spanisches Transportflugzeug mieten, um beispielsweise in den Kosovo Personen und Material zu transportieren. Die Kommissionsminderheit beharrt aber darauf, dass seit 2004 unverändert solche Anschaffungen keine sicherheitspolitische Notwendigkeit darstellen.

Aktuell ist natürlich die Ablehnung des Projektes der Weiterentwicklung der Armee durch eine sogenannt unheilige Allianz am letzten Donnerstagabend: Die SVP-Fraktion möchte eine Armee mit 140'000 Mann und 5,4 Milliarden Franken pro Jahr, die Grünen und die SP ihrerseits wollten die Armee auf 80'000 Mann verkleinern. Während in der Detailberatung der Vorschlag des Bundesrates mit 100'000 Mann und einem Budget von 5 Milliarden Franken noch eine Mehrheit in den bürgerlichen Parteien gefunden hatte, lehnten einmal mehr die Grünen, die SP und die SVP gemeinsam am Schluss das ganze Paket ab. Neben den beiden erwähnten Punkten der Bestandesgrösse und des Defizites stiessen sich die Linken beispielsweise noch an der Ablehnung der Einrichtung einer Ombudsstelle, einem alten und immer wiederkehrenden Postulat, welches aber eine Institution verlangt, die in Berufsarmeen mit langen Dienstzeiten gehört und nicht in unser Milizsystem mit kurzen Dienstzeiten passt. Die andere Seite wiederum wollte den Frankenbetrag im Gesetz verankern, was aber eine völlig neue Forderung darstellt. Seit der Ablehnung der Anti F/A 18 Initiative 1993 haben die bürgerlichen Parteien nämlich konsequent die Einführung eines Rüstungsreferendums bzw. eines allgemeinen Finanzreferendums abgelehnt. Ausgerechnet nun in dieser Vorlage will die SVP die Möglichkeit eines Finanzreferendums wieder einfüh-

ren. Einjährige Kreditbeschlüsse und mehrjährige Finanzrahmenbeschlüsse werden nämlich generell in Form des einfachen Bundesbeschlusses gefasst, die nicht dem Referendum unterliegen. Würden wir nun dem Wunsch der SVP folgen, käme dieser Betrag von 5 Milliarden Franken in das Gesetz und würde damit mit dem Gesetz zusammen dem Referendum unterliegen. Wieso die SVP auf diese Idee kommt und diese dann erst noch zum Stolperstein für die ganze Vorlage machen will, ist uns schleierhaft. So geht das Geschäft nun in eine zweite Runde und wird vermutlich erst im Winter oder im nächsten Frühling entschieden. Damit aber wird die Umsetzung auch der Vorteile der neuen Armeeorganisation vermutlich um ein Jahr verschoben, und damit auch die Behebung der von den Polpartei- en gerügten Mängel.

Zur Erschwerung einer kontinuierlichen Verteidigungspolitik kommt noch eine oftmals völlig unverständliche weltanschauliche Naivität weiter Bevölkerungskreise dazu: In einem kürzlichen Beitrag in der NZZ am Sonntag bestritt doch tatsächlich eine Kulturschaffende und Mutter eines zur Aushebung befohlenen Sohnes die Notwendigkeit des Militärdienstes als solche. Sie fragte sich öffentlich, weshalb überhaupt ein Marschbefehl als Befehl gekennzeichnet sei – vermutlich hätte sie eine Einladung bevorzugt -, weshalb es notwendig sei, schwer bepackt bei Regen durch die Schweiz zu marschieren und auf körperähnliche Zielscheiben zu schießen. Ihres Erachtens würde stattdessen die Pflege von Alten und Bedürftigen, der Einsatz in einem Heim, auf einer Alp oder in einem Kulturbetrieb wesentlich sinnvollere Leistungen erbringen. Früher sei die Rekrutenschule eine Lebensschule gewesen, während heute die gesellschaftlichen Anforderungen an Männer weitaus komplexer seien. Die Zukunft fordere von ihnen nicht Gestähltheit, Gehorsam und Präzision beim Schiessen und Handgranaten werfen, sondern vielmehr Verantwortung, vernetztes Denken und soziale Kompetenz. Anstelle von Schützen müsste die Armee vermehrt Computerspezialisten abholen, da inskünftig ein Krieg mit den bekannten Waffen sehr unwahrscheinlich sei, der Cyberkrieg hingegen viel wahrscheinlicher.

Da kann man sich wirklich nur fragen, in welcher Welt den solche Leute leben. Der konventionelle Krieg ist unter dessen mit der Ukraine wieder am Rande Europas angekommen, der Russe versucht, wieder sein früheres Sowjetimperium einzurichten und verfolgt die seit dem Zaren verfolgte Strategie, ans „warme Wasser“ zu gelangen, das heisst letztendlich an die Dardanellen und ans Mittelmeer. Und solche Bevölkerungskreise vergessen die Ursachen der Migration, verkennen aber auch unsere Verletzlichkeit. Terrorangriffe und Sabotageakte gegenüber zentralen Bahnhöfen können unsere Infrastrukturen weitgehend lahmlegen, die Blaulichtorganisationen wären nach zwei oder drei Tagen nicht mehr in der Lage, die notwendigen Einsätze zu leisten, die Armee müsste einspringen. Und dass auch bei solchen Einsätzen schwere Waffen, sogenannte „robuste Mittel“, notwendig sind, wird von ihnen ausgeblendet, sei es aus ideologischer Haltung, sei es als Unkenntnis heraus.

Die zahlreichen und brandgefährlichen Kriege und Konflikte an den Rändern Europas treffen die demokratischen westlichen Staaten zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Mit wenigen Ausnahmen sind fast alle Staaten respektive Staatengemeinschaften mit sich selber beschäftigt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat im Verbund mit der jahrelangen Schuldenwirtschaft dazu geführt, dass sehr viele und vor allem grosse Staaten finanziell so stark angeschlagen sind, dass sie allein schon mangels finanziellen Reserven einen grossen Teil ihres Handlungsspielraumes aufgeben mussten. Für eine wirkungsvolle Abwehr der zahlreichen Bedrohungen fehlt schlicht das Geld – oder es kann nur mit einer Zunahme der Verschuldung beschaffen werden.

Diese desolante Finanzlage macht die Volkswirtschaften Europas auch verletzlich – verletzlich beispielweise gegenüber den Retourkutschen Russlands als Folge der Wirtschaftssanktionen, die sich gezielt gegen die schwächsten Staaten richten. Weiter hat diese angespannte

Lage innerhalb der einzelnen Staaten schwere Verteilungskämpfe ausgelöst, welche die Gesellschaften und ihre innere Abwehrbereitschaft stark schwächen.

Die Gesellschaften Europas und der USA sind nicht nur wegen ihrer hausgemachten Probleme zu sehr mit sich selber beschäftigt, um den gewaltigen Bedrohungen von aussen entschlossenen entgegenzutreten: Sie haben auch auf geistiger oder vielleicht besser auf „ideologischer“ Ebene den Bedrohungen nichts entgegensetzen und sind deshalb auch nicht in der Lage, diese zu verstehen geschweige denn verstehen zu wollen.

Das praktisch bedrohungsfreie Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Krieges hat weite Teile der Bevölkerung sorglos gemacht und ihnen ein falsches Gefühl der Sicherheit vermittelt. Der Wegfall der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hat Platz gemacht für einen beispiellosen Individualismus und „Konsumismus“, dessen einigende Klammer die Beliebigkeit ist. Diese verdrängt viele Werte und Traditionen sowie das Nachdenken darüber — und immer im Namen der individuellen Selbstbestimmung als Mass aller Dinge.

Aus Art. 58 Abs. 2 der Bundesverfassung geht der Zweck der Armee ganz klar hervor: Sie dient der Kriegsverhinderung, schützt die Bevölkerung gegenüber Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung ausserordentlicher Lagen und trägt zur Friedensförderung bei. Erster Auftrag erfordert zwingend kompetente Truppen, die unter einem militärischen Luftschirm notfalls den bewaffneten Kampf führen können. Der Schutz der Bevölkerung wird vor allem durch die Genie- und Rettungstruppen sichergestellt, welche innert Kürze bei Naturkatastrophen und anderen ausserordentlichen Ereignissen unterstützend eingreifen können.

Und schliesslich wird der Auftrag der Friedensförderung umgesetzt mit der internationalen Mitarbeit.

Deshalb sollte allen, welche verfassungstreu politisieren wollen, klar sein, dass es eine gut ausgerüstete Armee für militärische und zivile Einsätze braucht, auch wenn keine konkrete Kriegsgefahr besteht.

Dem Schweizerischen UOV und natürlich dem UOV Solothurn, der Veteranenvereinigung, der Alten Garde und allen, die sich in militärischen Verbänden für diese drei Verfassungsaufträge engagieren, danke ich im Namen unseres Landes und unserer Gesellschaft ganz herzlich.